



Sozialdemokratische Partei
Kanton Thurgau

Weinfelden, 19. Januar 2024

Medienmitteilung – Jahrespressekonferenz SP Thurgau

FÜR EINEN SOZIALEN THURGAU

2023 hat die SP Thurgau ein intensives Wahljahr hinter sich gebracht. Dies zeigte sich in den wachsenden Mitgliederzahlen. Seit Sommer 2023 ist das Mitgliederwachstum grösser, wie in den letzten 10 Jahren. Ein klares Zeichen, dass sich Thurgauerinnen und Thurgauer einen sozialen Thurgau wünschen. An unserer Jahrespressekonferenz heute Mittag sprachen Marina Bruggmann, Sonja Wiesmann Schätzle, Salome Ammann, Judith Kern und Nina Schläfli über ihre Schwerpunkte im kantonalen Wahljahr 2024.

Ein Wahlkampf für Soziale Gerechtigkeit

Mieten, Energiepreise und Krankenkassenprämien: die Herausforderungen für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen steigen kontinuierlich an. Parteipräsidentin *Marina Bruggmann* fordert griffige Massnahmen für bezahlbare Krankenkassenprämien. Ausserdem steht mit der Volksinitiative zur 13. AHV eine grosse Kaufkraft-Abstimmung an.

Der Thurgau braucht eine starke links-grüne Kraft. Gemeinsam mit ihren Mitgliedern wird die SP Thurgau einen starken und lauten Wahlkampf führen und will mehr Sitze im Grossen Rat.

Für einen Thurgau mit nachhaltiger Finanzierungsstrategie

Sonja Wiesmann Schätzle kämpft seit Jahren für eine nachhaltige Thurgauer Finanzpolitik. Dennoch brechen dem Kanton die Einnahmen weg. 2022 wurden die Steuern gesenkt und 2024 kam der Gewinnausfall der SNB. Der Kanton Thurgau soll kein Eigenkapital abbauen, sondern den Service Public sicherstellen. **Die SP verlangt eine nachhaltige Finanzierungs- und Aufgabenstrategie im Kanton Thurgau.**

Und was macht der Kanton Thurgau? Das pure Gegenteil – er will fast sämtliche laufenden sozialpolitischen Vorhaben überprüfen. Gerade heute veröffentlichte der Regierungsrat den Bericht, welche politischen Vorhaben von der verfehlten Thurgauer Finanzpolitik betroffen sind. Die Liste der betroffenen Themen klingt wie ein schlechter Witz. **Überprüft werden laufende politische Vorhaben in den Themen Biodiversität, Familienergänzende Betreuung, Energiemassnahmen, Pflegeinitiative, Prämienverbilligung, Öffentlicher Verkehr und Pflegekinderwesen.** Umso

SP Thurgau
Hohenzornstrasse 4
8500 Frauenfeld
0774736919
info@sp-tg.ch
www.sp-tg.ch



Sozialdemokratische Partei
Kanton Thurgau

mehr zeigt sich das rechtsbürgerliche Gesicht unserer Regierung. Wir müssen die soziale Stimme im Thurgau massiv stärken!

Mehr junge Menschen für eine solidarische Politik gewinnen

Juso-Präsidentin *Salome Ammann* informiert, dass die Unterschriften für die Initiative für eine Zukunft gesammelt wurden. Die Zukunftsinitiative möchte eine nationale Erbschaftssteuer mit einem Steuersatz von 50 Prozent ab einem Freibetrag von 50 Millionen einführen. Dieser Umbau ist dringend nötig. Denn das reichste Prozent der Bevölkerung sind Hauptverursacher des Klimawandels. Damit und mit vielen Vorhaben möchte die JUSO TG an Mitglieder dazugewinnen. Sie wollen die jungen Menschen, welche sich für Politik interessieren motivieren daran aktiv teilzuhaben.

Wir ergreifen Partei für Gleichstellung – subito!

Judith Kern ist Präsidentin der SP Frauen Thurgau. Sie betont, dass von den 130 Mitgliedern im Grossen Rat gerade mal 37 Frauen vertreten sind. **Das will die SP bei den kommenden Kantonsratswahlen ändern, und fordert mehr Geschlechtervielfalt im Rat!**

Entscheidend für die SP Frauen Thurgau ist in diesem Jahr die Abstimmung über die 13. AHV-Rente. Speziell Frauen sind von der Altersarmut betroffen. Hier kann eine 13. AHV-Rente eine grosse Entlastung sein. Ebenso wird man sich für mehr Kinderbetreuungsplätze im Thurgau einsetzen. Dafür ist auf nationaler Ebene 2023 die Kita-Initiative zustande gekommen.

Als Neu-Nationalrätin zur Vizepräsidentin der Staatspolitischen Kommission

*Nina Schläfli*s Aufstieg im Nationalrat verlief bereits steil. So wurde ihr ihre Wunschkommission, die staatspolitische Kommission SPK, zugewiesen. Aber nicht nur das. Sie wurde auf Anhieb ins Vize-Präsidium gewählt und könnte in zwei Jahren zur Präsidentin werden. In der Kommission möchte sie in den Themen Asyl, Migration, Einbürgerung und grundsätzliche Politische Rechte Akzente setzen.

Weiter können Sie in unserer Medienmappe die **Mitteilung von Regierungsrätin Cornelia Komposch** lesen, sie musste sich leider kurzfristig entschuldigen. Bei Fragen können Sie sich gerne an Parteipräsidentin Marina Bruggmann (0796050776) oder Parteisekretär Yves Müller (0774736919) wenden.



Sozialdemokratische Partei
Kanton Thurgau

Medienmappe für die Jahrespressekonferenz der SP Thurgau

FÜR EINEN SOZIALEN THURGAU

19. Januar 2024, 10:00 Uhr im Frohsinn, Weinfelden

Begrüssung und Einleitung

Marina Bruggmann, Parteipräsidentin SP Thurgau

Zahlen und Fakten von Yves Müller, Parteisekretär

Sei es über eine SP-Webseite oder Instagram: Die Mitgliederanzahl der SP Thurgau wächst. Somit sind im letzten Jahr mehr Thurgauer:innen der SP beigetreten, wie in den 10 Jahren zuvor. Weiter zeigt sich dieses Wachstum auch an den Zahlen in den sozialen Medien, wo sich unsere Kennwerte kontinuierlich verbessern. Im Wahljahr 24 ist dies ein starkes Zeichen der Thurgauer:innen, dass sie sich eine stärkere Sozialdemokratie im Kanton wünschen.

Ein Wahlkampf für die soziale Gerechtigkeit

Marina Bruggmann, Parteipräsidentin SP Thurgau

Vor einem Jahr habe ich gesagt: Wir stehen vor grossen Herausforderungen. Heute, ein Jahr später muss ich sagen: Wir stehen vor noch grösseren Herausforderungen. Die Mieten, Energiepreise und Krankenkassenprämien steigen weiter enorm an. Für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen wird es immer schwieriger, ihre Lebenskosten zu decken und alle finanziellen Herausforderungen zu bewältigen. **Die SP Thurgau steht für soziale Gerechtigkeit.** Wir wollen wirken und bewirken und arbeiten aktiv an umsetzbaren Lösungen.

Für bezahlbare Krankenkassenprämien

Die Krankenkassenprämien steigen stetig an. Viele Menschen können sich diese kaum mehr leisten und es droht die Gefahr, dass sie ihre Krankenkassenprämien nicht mehr bezahlen können. Im Thurgau bedeutet dies, dass sie auf der schwarzen Liste landen und nur noch für Notfallbehandlungen «zugelassen» werden. Das wollen wir nicht einfach so hinnehmen, es braucht jetzt griffige Massnahmen. Nächsten Mittwoch werden wir dazu im Grossen Rat vorstössig werden.

Mit der Prämienentlastungsinitiative wollen wir auf nationaler Ebene Personen mit kleinen Löhnen vor Kaufkraftverlust schützen. Die Initiative deckelt die Krankenkassenprämien so, dass sie neu nicht mehr als zehn Prozent des verfügbaren Einkommens ausmachen.

SP Thurgau
Hohenzornstrasse 4
8500 Frauenfeld
0774736919
info@sp-tg.ch
www.sp-tg.ch



Sozialdemokratische Partei
Kanton Thurgau

Für eine anständige Rente

Die Armut im Alter ist ein weiteres Thema, welches uns sehr beschäftigt. Die SP steht für ein stabiles Sozialsystem und für eine funktionierende und solidarische Gesellschaft. Wir setzen uns ein für faire Renten und eine sichere Altersvorsorge, die auch für die nächsten Generationen halten wird. Gemeinsam mit den Gewerkschaften werden wir einen engagierten Abstimmungskampf für die AHV 13 führen.

Für Klimaschutz und Versorgungssicherheit

Zudem war und ist die SP eine starke Klimapartei. Wir müssen das Klima schützen, sonst brauchen wir Schutz vor dem Klima. Wir setzen aktiv uns für die Solarinitiative ein, mit welcher wir zusammen mit GRÜNE und glp den Ausbau von Solardächern beschleunigen wollen. Ausserdem engagiert sich die SP Thurgau im Verband Pro Wind Thurgau.

Damit wir unsere Zeile umsetzen können, braucht es im Thurgau eine starke links-grüne Kraft. Aktuell liegt ein grosser Fokus auf den anstehenden Kantons- und Regierungsratswahlen. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern werden wir in den nächsten Wochen einen motivierten, starken und lauten Wahlkampf führen. Wir wollen Hör- und spürbar sein. Wir werden überzeugen und unsere Sitze im Grossen Rat vermehren.



Sozialdemokratische Partei
Kanton Thurgau

Für einen Thurgau mit nachhaltiger Finanzierungsstrategie

Sonja Wiesmann (Fraktionspräsidentin SP Thurgau im Grossen Rat)

Ganz aktuell hat die SNB mitgeteilt, dass sie für 2023 erneut einen Milliarden Verlust von -3 Milliarden (Mia) Schweizer Franken (CHF) erzielt hat. Der Verlust Vortrag der SNB steigt auf -53 Mia CHF. Erst nachdem dieser riesige Verlust abgebaut wird, kann die SNB wieder Gewinne an die Kantone ausschütten. Damit kann in den nächsten Jahren nicht gerechnet werden.

Der Kanton Thurgau hat für 2024 mit einer SNB Gewinnüberweisung von 21.6 Millionen (Mio) Schweizer Franken gerechnet. Diese Millionen fallen weg, der budgetierte Verlust in der Kantonsrechnung steigt auf -108.3 Mio CHF, wie 2023 auch für 2024 ein tiefrotes Loch. In der kantonalen Finanzplanung 2024-27 wurde für jedes Jahr mit einer SNB Gewinnüberweisung gerechnet, insgesamt 151.2 Mio CHF. Trotz Milliarden Verlusten der SNB 2022 und auch 2023.

Dem Kanton brechen die Einnahmen weg: 2022 wegen der Steuersenkung und ab 2023 wegen dem Gewinnausfall der SNB. Der kantonale Finanzplan sieht neue Schulden und einen massiven Abbau des Eigenkapitals vor. Die Staatsfinanzen sind aus dem Lot, es kann nicht mehr spekuliert und auf bessere Zeiten gewartet werden. **Die SP verlangt eine nachhaltige Finanzierungs- und Aufgabenstrategie, damit der Service Public sichergestellt werden kann.**

Weiter beschäftigt sich die SP mit der sogenannten schwarzen Liste. Mit dem Vorstoss «Keine Kinder auf der Schwarzen Liste», wurde ein erster Schritt getan. Unterdessen liegt die Stellungnahme der Nationalen Ethikkommission im Bereich Humanmedizin vor. Obwohl die Schwarze Liste nicht grundsätzlich gegen das Völker- und Verfassungsrecht verstösst, ergeben sich schwerwiegende Bedenken. **Denn Leistungsaufschübe bei der gesundheitsversorgung treffen die vulnerablen Personen, also gerade diejenigen, die am dringendsten auf medizinische Versorgung angewiesen sind.** Zudem wird der Zugang zu vorbeugender Gesundheitsberatung und Prävention verunmöglicht, was schlussendlich zu höheren Gesundheitskosten führen kann.



Sozialdemokratische Partei
Kanton Thurgau

Mehr junge Menschen für eine solidarische Politik gewinnen

Salome Ammann (JUSO-Präsidentin)

Die JUSO TG hat sich viel vorgenommen für das kommende Jahr. Die Kantonsratswahlen, welche diverse von unseren Mitgliedern auf den SP Listen unterstützen sind hier nur der kleine Spitz des Eisbergs.

Bereits im letzten Jahr sprach ich an dieser Stelle von der Zukunftsinitiative. Sie möchte das reichste Prozent der Bevölkerung stärker besteuern. Nun freut es uns, dass die JUSO Schweiz am 27.12.2023 verkünden konnte, dass die Unterschriften gesammelt werden konnten. Die Initiative möchte eine nationale Erbschaftssteuer mit einem Steuersatz von 50 Prozent ab einem Freibetrag von 50 Millionen einführen. Die Einnahmen sollen für einen sozialen Umbau der Wirtschaft eingesetzt werden.

Dieser Umbau ist dringend nötig. Denn das reichste Prozent, die Kapitalist:innen, sind Hauptverursacher des Klimawandels. Wenn sie von sich aus keine Rücksicht auf die Gesellschaft und die Umwelt nehmen, müssen wir sie mit Massnahmen wie jenen der Zukunftsinitiative dazu zwingen.

Die Zukunftsinitiative zielt endlich auf die Richtigen, eine Erbschaftssteuer ist schon längst überfällig. Vermögen, für das man selbst keinen Finger krumm gemacht hat, gehört anständig versteuert. Das dies zum jetzigen Zeitpunkt kantonal geregelt ist, ist mir unerklärlich.

Auch im kommenden Jahr werden wir für die 99% eintreten, ob im Kantonsrat oder auf den Strassen! Wir setzen uns ein für mehr Solidarität, Gerechtigkeit, eine klimafreundliche und feministische Politik. Im kommenden Jahr möchte die JUSO TG an Mitglieder dazugewinnen. Wir wollen die jungen Menschen, welche sich für Politik interessieren motivieren daran aktiv teilzuhaben. Auch wenn wir im Thurgau nicht die grossen Probleme der Welt lösen, die JUSO hat die Möglichkeit vielen, welche jugendlichen die Pessimistisch auf die Zukunft schauen, eine Perspektive zu bieten.



Sozialdemokratische Partei
Kanton Thurgau

Wir ergreifen Partei für Gleichstellung – subito!

Judith Kern (Präsidentin SP Thurgau Frauen)

Gesellschaftliche und ökonomische Gleichstellung der Geschlechter

Kantonsratswahlen 2024. Wieviel Frauen sind dort vertreten? Von 130 Mitgliedern sind es aktuell 37 Frauen, das wollen die SP Frauen Thurgau bei den kommenden Kantonsratswahlen ändern! Drei Vorstandsmitglieder der SP-Frauen sind auf der Liste der Kantonsratswahlen in den Bezirken Weinfelden, Kreuzlingen und Frauenfeld.

Abstimmung 13. AHV – Rente. 3. März

Für Frauen ist das JA sehr wichtig, ist es doch so, dass die Frauen bei der Altersvorsorge die grössten Herausforderungen haben und spüren.

Auch im Kanton Thurgau für eine gute und bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung

2023 sind die Unterschriften für die Kita-Initiative zusammengekommen. Hier gilt es weiterhin dran-zubleiben und das es nicht in «Vergessenheit» gerät, bis es zur Abstimmung kommt.



Sozialdemokratische Partei
Kanton Thurgau

Als Neu-Nationalrätin zur Vize-Präsidentin der Staatspolitischen Kommission

Nina Schläfli, Nationalrätin

Vereidigung, Kommissionssitzungen, Votum und Bundesratswahl: Seit meinem Amtsantritt im Dezember durfte ich fast alles schonmal durchmachen. Während die erste Session noch stark durch Zurechtfinden, Zuhören und Kennenlernen geprägt war, geht es nun definitiv an die eigentliche politische Arbeit.

Mit der staatspolitischen Kommission SPK wurde ich genau der richtigen Gruppe zugeteilt. Dabei erreichte mich die grosse Ehre, gleich das Amt Vizepräsidium der SPK übernehmen durfte. Die Themen Asyl, Migration, Einbürgerung, aber auch grundsätzlich die politischen Rechte sowie prozessuale und organisatorische Fragen beschäftigen mich seit Beginn meiner politischen Tätigkeit und ich freue mich, dass diese Themen auch weiterhin Schwerpunkte bilden werden.

Gemeinsam mit der Fraktion möchte ich zudem dem Kaufkraftverlust etwas entgegensetzen, die Klimawende vorantreiben, Gleichstellung und Chancengerechtigkeit endlich garantieren. Besonders herausfordernd ist und bleibt die aussenpolitische Situation, die das Tagesgeschäft deutlich prägen.

Darüber hinaus steht uns ein aus sozialdemokratischer Sicht besonders spannendes Abstimmungs-jahr bevor: Im März stimmen wir über das Rentenalter und eine Erhöhung der AHV ab, im Juni voraussichtlich über die Prämienverbilligung und die BVG-Reform, im Herbst oder Winter wahrscheinlich über den Autobahnausbau, über die neuen Bestimmungen des Mietrechts sowie über die Biodiversitätsinitiative.



Sozialdemokratische Partei
Kanton Thurgau

Aus dem Regierungsrat

Cornelia Komposch, Regierungsrätin

Allgemeinen Geschäfte der Regierung Finanzstrategie

Die Finanzplanjahre weisen Aufwandüberschüsse und überaus hohe Nettoinvestitionen aus. Insbesondere zeichnete sich ab, dass die Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) länger ausbleiben und die Zahlungen aus dem Finanzausgleich des Bundes tiefer ausfallen werden. Eine Steuersenkung per 2022, die Abschaffung der Liegenschaftensteuer und die Senkung der Grundbuchgebühren werden die finanzielle Situation des Kantons weiter verschärfen. Diese Ausgangslage hat den Regierungsrat dazu bewogen, in mehreren Sitzungen und in einem partizipativen Prozess eine mehrjährige Finanzstrategie zu erstellen. Er beabsichtigt, die Finanzstrategie rollierend zu überarbeiten und, in Ergänzung zum Finanz- und Aufgabenplan, als zusätzliches Steuerinstrument anzuwenden. Die Umsetzung der Finanzstrategie dürfte für die Verwaltung zu einer grossen Herausforderung mit spürbaren Folgen werden.

Lohnpolitische Massnahmen

Im Sommer 2018 initialisierte der Regierungsrat das Projekt zur Überprüfung des staatlichen Lohngefüges auf seine Marktkonformität. Daraus entstand der umfangreiche Lohnbericht 2019. Der Regierungsrat setzte sich intensiv mit dem Bericht und den definierten Handlungsfeldern auseinander und konzentrierte sich im weiteren Vorgehen vor allem auf den Bereich "Lohnsystem", resp. die Überprüfung der Lohnbandkonstruktion und die Prüfung der standardisierten Arbeitsbewertung. Die besondere Herausforderung bei der Einführung der Lohninstrumente liegt in der Erhaltung der internen Lohngerechtigkeit. Eine interdepartementale Arbeitsgruppe unter der Leitung des Personalamtes und in Absprache mit der Regierung erarbeitet ein Vorgehens- resp. Umsetzungskonzept.

Legislaturplanung 2024 - 2028

Im Jahre 2019 verabschiedete der Regierungsrat die Strategie Thurgau 2024. Damit wurde erstmals ein ganzheitliches und langfristiges Instrument für die Entwicklung des Thurgaus geschaffen. Die Strategie zeigt auf, wohin sich der Kanton im Verlauf der kommenden rund zwanzig Jahre idealerweise entwickeln soll. Sie dient als Grundlageinstrument für die Regierungsrichtlinien. Im Sommer 2023 hat die Regierung den Startschuss für die neue Planung abgegeben und derzeit befinden wir uns mitten in den Erstellungsaufgaben.

Europapolitik (Rahmenabkommen); Einbezug Kantone

Die wichtigsten Handelspartner der Thurgauer Unternehmen sind Teil der EU und damit auch des EU –Binnenmarktes. Exportierende Unternehmen sind deshalb auf verlässliche Rahmenbedingungen sowie Planungs- und Rechtssicherheit angewiesen. Auch in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation, Grenzsicherheit und Versorgungssicherheit ist die Schweiz auf eine starke partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der EU angewiesen. Die Wichtigkeit eines



Sozialdemokratische Partei
Kanton Thurgau

Rahmenabkommens ist für die Kantone enorm, weshalb sich die Regierung via Konferenz der Kantone in die Diskussionen einbringt.

Wiederwahlen

Das Jahr 2023 stand auch unter dem Titel der Wiederwahlen der Regierung. Es ist dem Regierungsrat gelungen, die Bekanntgabe betreffend die Wiederwahlen gemeinsam zu veröffentlichen und somit keinen Spekulationen Raum zu geben. Für die scheidenden Regierungsrätinnen gilt es nun, eine saubere Übergabe des Departementes an die nachfolgende Departementsleitung vorzubereiten.

Auszug von Geschäften des DJS:

- Verschiedene Gesetzesrevisionen (Polizeigesetz, Bevölkerungsschutzgesetz, Gastronomiegesetz)
- Bauprojekte; Kantonalgefängnis / Polizeikommando, Jagdschiessanlage, Aus- und Umbau MZ Kalchrain, Wildtierüberführung Belegungskapazitäten Kantonalgefängnis (seit Monaten eine hohe Belegung, zeitweise eine Überbelegung)
- Reorganisation Staatsanwaltschaft (Zentralisierung Buchhaltung, Zentralisierung Übertretungsstrafverfahren)
- Folgen der momentan erhöhten Flüchtlingszuwanderung (Migrationsamt Ausschaffungen, Polizei Zuführung zur Ausschaffung, Begleitung Ausschaffung)
- Grosse Versteigerungsfälle (Liegenschaft Hefenhofen)
- Justitia 4.0; Expertengruppe am Obergericht ansiedeln können. Sie leitet das Projekt Digitalisierung der Justiz Erarbeitung Kantonale Istanbul-Konvention (Projekte wie Kinderansprache, Lernprogramm für gewaltausübende Personen, etc.)
- Reduktion Traulokale
- Adoptionsverfahren professionalisieren – Zusammenarbeit in der Ostschweiz suchen